

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

30.6.1919 (No. 149)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredak-
teur
C. K. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
S. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, belbe
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 M 25 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 M 42 P — Einzelnummer 10 P — Anzeigengebühr: die 7 mal gestaltete Zeile oder deren Raum 30 P zuzüglich 30 % Leierungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Ausschaltung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zerstörung eines Kriegerdenkmals durch die Franzosen im Brückenkopf Kebl.

Nachdem am Montag, den 23. Juni, an welchem Tag die Unterzeichnung des Friedens in Frage stand, ein nächtlicher Versuch, das Kriegerdenkmal im ehemaligen Dorf Kebl zu zerstören, wegen des in der Nacht herrschenden Sturmwindes bei großer Dunkelheit nicht geglückt ist (es wurde durch Zug an einem um die Standfigur gelegten Seil nur das Bajonett des ehernen Kriegers verbogen) haben die Franzosen in der Nacht vom 28. auf 29. Juni um 1 Uhr morgens das ehernen Kriegerdenkmal zu Fall gebracht, indem sie an einem um das Standbild gelegten Tau Pferde anspannten und durch Zug dasselbe vom Sockel herunterrißen.

Die andern Morgens sofort angestellte Tatbestandsaufnahme hat zweifelsfrei ergeben, daß die Zerstörung durch französische Soldaten erfolgt ist. Denn das eine Ende des um die Kriegerfigur, die in arg verbeultem Zustand am Boden lag, befestigten französischen Taues, das durch den Zug der Pferde entzwei gerissen worden war, war noch an der Figur vorhanden und ist von der Gemeinde in Verwahrung genommen worden. Das andere Beweismittel war der heillosen Spektakel der französischen Soldaten, der nachts 1 Uhr von den Bewohnern Kebls in der Nähe des Denkmals gehört worden ist. Die Ortsbewohner konnten leider bei Ausübung der Untat nicht eingreifen oder dieselbe verhindern, da es ihnen bei Strafe verboten ist, zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens ihre Behausung zu verlassen. Das am Boden liegende Standbild, das zwar noch ganz, aber in beschädigtem Zustand sich vorfindet, ist seitens der Gemeinde dem Anblick der sehr entriesteten und erbitterten Bewohner Kebls entzogen und an sicherem Ort aufbewahrt worden.

Bei dieser Gelegenheit muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Franzosen die in Haft genommenen richterlichen Beamten, welche, wie bereits mitgeteilt, gegen den Hochverräter Gompa vorgingen, in geradezu empörender Weise behandeln. Die Herren werden nach zuverlässigen Nachrichten in strenger Militärhaft und bei schlechtester Verpflegung gehalten.

Lieferung von amerikanischem Speck und Schweinefleisch.

Anfolge neuer, von der Geschäftsabteilung der Reichsfleischstelle abgeschlossener Anläufe ausländischer Fleischwaren werden demnächst weitere Lieferungen von amerikanischem Speck und Schweinefleisch einlefen.

Die Zuteilung dieser Menge hat nach Maßgabe der Zahl der Versorgungsberechtigten stattgefunden. Bei der Ausgabe an die Verbraucher können die Kinder der Erwachsenen gleichgestellt werden. Die Verteilung der Ware soll tunlichst in der Weise erfolgen, daß jeweils auf den Kopf nicht mehr als 125 Gramm entfallen. In der Zuteilung sind die Zusatzmengen berücksichtigt, die den Kommunalverbänden mit dem Erlaß des Ministeriums des Innern vom 29. April 1919 in Aussicht gestellt worden sind, um eine bessere Versorgung der Ungenüßlichen und Kranken anstellen mit Fleisch zu ermöglichen. Eine Sonderzuteilung für diesen Zweck erfolgt nicht mehr.

Die Lieferungen sind nach wie vor mit Schwierigkeiten und Hemmnissen verknüpft; auf die rechtzeitige vollständige Lieferung der zugesagten Mengen, die in einzelnen Teillieferungen erfolgen wird, kann nicht mit Bestimmtheit gerechnet werden. Es empfiehlt sich, während der heißen Jahreszeit den Inhalt der Kisten sofort nach dem Eintreffen auszupacken und das Fleisch an der Luft, wenn auch in geschlossenem Raum, zu trocknen.

Der Preis für die gelieferte Ware stellt sich auf 6 M. 30 Pf. für das Fund ab Inlandslager (Mannheim). Dazu kommen die Kommunalverbände und die eigenen Auslagen für Versand, Verteilung der Ware usw. aufzurednen.

Für die Kommunalverbände, die schon bisher amerikanisches Schweinefleisch erhalten haben, bleibt es wegen der Durchführung der Reicheneinsparung bei der seitberigen Regelung. Den Kommunalverbänden, die jetzt zum ersten Male mit ausländischem Schweinefleisch beliefert werden und die am eigenen Ort keine Einrichtung und nicht die erforderliche Zahl Tierärzte zur Vornahme der Reicheneinsparung zur Verfügung haben, muß es überlassen werden, sich wegen der Untersuchung an den nächstgelegenen Schlachthof zu wenden und mit diesem hierwegen eine Vereinbarung zu treffen.

Umtausch der Reichs-Reisebrotmarken.

Die Reichsgetreidestelle konnte die Anforderungen der Kommunalverbände auf neue Reichs-Reisebrotmarken bis jetzt teils gar nicht, teils nur unvollständig erfüllen, der bis zum 30. Juni 1919 vorgeschriebene Umtausch der alten gegen neue Marken ließ sich daher nicht ermöglichen.

Die Landesvermittlungsstelle hat sich schon vor einigen Tagen mit der Reichsgetreidestelle wegen Streckung der Umtauschfrist in Verbindung gesetzt, weil sowohl dem reisenden Publikum wie den Binnenfahrern usw. die zuteilenden Brotmarken nicht vorenthalten werden können, sie vielmehr Anspruch auf ununterbrochene Versorgung haben. Mit Draht-

nachricht vom 28. Juni abends hat die Reichsgetreidestelle nunmehr die Gültigkeitsdauer der alten Reichsreisebrotmarken bis zum 27. Juli 1919 einschließlich verlängert, ebenso die Frist zum Umtausch alter in neue Marken für Verbraucher und die Befristung der Umlaufzeit unperfektierter Marken aufgehoben.

Die Tätigkeit des Kriegswucheramts.

In der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1919 wurden wegen Schleich- und Kettenhandels, sowie wegen verbotswidriger Beschaffung öffentlich bewirtschafteter Gegenstände und Höchstpreisüberschreitung 400 Anzeigen vorgelegt und in 357 Fällen Beschlagnahmen der in Betracht kommenden Gegenstände vorgenommen.

Beschlagnahmt wurden: 4800 Eier, 325 Pfr. Butter, 9 Pfr. Fett, 5 Pfr. Rauchfleisch, 18 Pfr. Mehl, 100 Pfr. Öl, 41,80 Pfr. Fleisch, 64 Pfr. Kartoffeln, 6 Pfr. Kaffee, 15 Pfr. Seife, 13,40 Pfr. Kakao, 1 Pfr. Branntwein, 79 000 Stück Zigarren, 2100 Pfr. Wein. Außerdem große Quantums Leder, Vanille und Schokolade.

Wegen Geheimanschaffungen gelangten eine Anzahl Personen zur Anzeige. Auch wurden wegen Kettenhandels und Handels mit Goldwaren mehrere Personen dem Richter vorgeführt.

Keine Bewirtschaftung des Heus.

Für Heu werden in den letzten Wochen unsinnige Preise geboten. Das Ministerium des Innern hat aus diesem Grunde schon mit Verordnung vom 31. Mai 1919 Verfügungen von Heu- und Strohgras, Klee aller Art, sowie von Klee- und Roggenmehl auf dem Gaiin, sowie nach dem Schnitt verboten, da Verfügungen erfahrungsgemäß bei großer Nachfrage und geringem Angebot zu außerordentlichen Preissteigerungen führen. Infolge der hohen Seupreise, welche zurzeit bezahlt werden, wird vielfach der Regierung empfohlen, Höchstpreise für Heu festzusetzen und das Heu zu bewirtschaften. Die Regierung möchte, dem dringenden Wunsch nach Abbau der Zwangswirtschaft folgend, hieron absehen. Wenn keine Höchstpreise für Heu bestehen, so ist damit aber nicht ein Preis für Heu bewirtschaften gegeben. Die Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preissteigerung bietet die Möglichkeit, gegen übermäßige Preissteigerungen mit strengen Strafen einzuschreiten. Da in vielen Teilen des Reiches die Gemeine wesentlich besser ausgefallen ist als in der badischen Ebene, so wird bei freiem Verkehr mit Heu es möglich sein, aus anderen Gebieten Heu beizuschaffen. Insbesondere die landwirtschaftlichen Verbände werden sich dieser Aufgabe zu unterziehen haben. Übermäßige Preise für Heu anzulegen, liegt bei dem gesamten Ernteausfall im Reich kein Anlaß vor. Jedenfalls wird die Regierung nicht deshalb, weil bei Anschlägen zurzeit außerordentlich hohe Preise für Heu bezahlt werden, eine weitere Milchpreiserhöhung in Betracht ziehen.

Die Neuregelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals.

In der Zeit vom 16. bis 21. Juni haben bei der Generaldirektion der Staatsbahnen Verhandlungen mit den Vertretern der Beamten- und Arbeiterorganisationen stattgefunden über die Neuregelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals.

Die Beratungen, die durch den Herrn Finanzminister eröffnet und teilweise auch geleitet wurden, führten zu einem vollen Einverständnis zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Organisationen. Die neuen Bestimmungen bringen dem Eisenbahnpersonal auf der Grundlage der achtstündigen Arbeitszeit erhebliche Erleichterungen in den Dienstzeiten und Erweiterungen der Ruhezeiten. Ihre Durchführung soll mit aller Beschleunigung erfolgen, wird aber naturgemäß erst dann restlos möglich sein, wenn die Durcharbeitung der Dienstpläne beendet und das weiter erforderliche Personal eingestellt und eingearbeitet ist. Der entstehende Aufwand ist im V. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1 Jahr auf 15 300 000 M., für den Rest des Jahres 1919 auf 5 000 000 M. bemessen.

Die Dienststunden der Beamten am Samstag.

Nachdem im Tarifvertrag zwischen der Generaldirektion und den Eisenbahnerverbänden die reine Arbeitszeit der Eisenbahnarbeiter an den Samstagen vom 1. Juli 1919 an auf 6 1/2 Stunden festgesetzt worden ist, soll diese Vergünstigung auch den Beamten gewährt werden. Es wird daher vom 1. Juli an in allen staatlichen Bureaus an den Samstagen auch an den Orten, wo die ungeteilte Arbeitszeit nicht durchgeführt ist, im Sommer — 15. April bis 15. September — von morgens 7 Uhr bis mittags 1 1/2 Uhr und im Winter von morgens 8 Uhr bis mittags 2 1/2 Uhr durchgeführt.

An den Samstagen vor Ostern und Pfingsten, sowie am 24. und 31. Dezember, wenn diese Tage auf einen Samstag fallen, beträgt die Dienstzeit nur 4 1/2 Stunden (7—11 1/2 oder 8—12 1/2 Uhr) und am 24. und 31. Dezember, wenn diese Tage auf einen Samstag fallen, nur 6 Stunden (8—2 Uhr).

Benützung des Haus- und Staatsarchivs.

Das Staatsministerium hat unterm 20. Juni d. J. in Abänderung der Staatsministerialentscheidung vom 10. Juli 1908 beschlossen: alle Bestände des Haus- und Staatsarchivs bis zum Jahre 1862 können zu wissenschaftlichen Zwecken eingesehen und benützt werden, Akten aus späterer Zeit nur mit Genehmigung des Staatsministeriums. Verfertigung von Akten ist nur ausnahmsweise zulässig; in der Regel hat die Benützung in den Diensträumen des Generallandesarchivs zu erfolgen. Gesuche sind an die Archivdirektion zu richten.

Vom Tage.

(Die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Zur innerpolitischen Lage.)

Der Friedensvertrag ist am 28. Juni in Versailles unterzeichnet worden. Damit ist das Siegel gedrückt worden unter einen Vertrag, der in der Geschichte fortleben wird als das historische Dokument tiefster deutscher Schmach und Erniedrigung.

Unser Gefühl bäumt sich auf gegen diesen Vertrag. Und doch müssen wir die Tatsache dieser Unterzeichnung ruhig und nüchtern verstehen und einschätzen lernen. Wir haben unterzeichnet, weil wir an eine bessere Zukunft glaubten, und weil wir die Existenz des Reiches retten wollten. Wir haben unterzeichnet, weil wir wußten, daß wir uns mit der Verweigerung der Unterschrift dem politischen Tode überliefern würden. So nur ist die Unterzeichnung zu verstehen.

Was ergibt sich aber daraus für uns? Nur eines: die unabweisbare Pflicht, alles zu tun, damit der Gedanke, der uns zur Unterzeichnung bewog, auch gerechtfertigt wird; das heißt also: die Pflicht zum Wiederaufbau des Reiches. Der Weltkrieg hat uns bewiesen, daß wir militärisch das fähigste Volk der Erde sind, ein Beweis, der durch die Tatsache unserer Niederlage nicht in Frage gestellt wird. Der Weltkrieg ist zu Ende, die Zeit des Friedens und der Völkerveröhnung soll beginnen. Wir leben des festen Glaubens, daß das deutsche Volk auch für den friedlichen Wettbewerb der Nationen untereinander die glänzendsten Fähigkeiten mitbringt, daß es begabt und tüchtig, treu und stark genug ist, um in diesem Wettbewerb sich bald wieder eine der ersten Stellen zu erringen.

Trotz allem Grauen, trotz aller Schmach und Anrechnung winkt uns also eine glücklichere Zukunft. Aber wir werden an das leuchtende Tor, durch das der Weg in eine bessere Zukunft führt, nur dann herankommen, wenn wir in dieser Epoche der Verwüstung und der Verlassenheit, der Not und der Gefahr Kraft und Selbstzucht genug entwickeln, um das Trümmersfeld reinigen und den Grundstein zu neuem Bau legen zu können. An jeden einzelnen von uns stellt die Tatsache der Unterzeichnung große und gewaltige Anforderungen. Wer diese Anforderungen genügt, wird sich im wahren Sinne des Wortes ein Patriot nennen dürfen. Wer die Finger zurückzieht von dem verbrecherischen Tun der Volkserhebung, wer den Geist des Egoismus in sich beherrichen lernt, wer sich zu erfüllen weiß mit sozialem Gefühl und dieses Gefühl betätigt in treuer Mitarbeit an den Aufgaben der Gemeinschaft, nur der darf von sich behaupten, daß er sein Vaterland liebt. Möge doch allen deutschen Männern und Frauen, ganz gleich welcher Partei sie angehören, diese Einsicht aufgehen! Und möge ein jeder, der die Schmach dieser Tage zu Gefühlsausbrüchen treibt, sich die ernste Frage vorlegen, was heute für des Vaterlandes Wohl besser ist: die hemmungslose Befundung eines an sich wahrlich berechtigten und verständlichen Gefühls oder die eiserne, vom kategorischen Imperativ der Pflicht gebotene Selbstbeherrschung, jene Selbstbeherrschung die wir als oberste Voraussetzung für ein einmütiges und erfolgreiches Zusammenarbeiten des ganzen Volkes in Rechnung setzen müssen.

Daß der Zustand des Friedens uns zum mindesten auf dem Lebensmittelmarkt sehr bald eine ganze Reihe willkommener Erleichterungen bringen wird, ist selbstverständlich. Ja man darf sagen, daß bereits die letzten Wochen, die mit der greifbaren Hoffnung auf die endgültige Herbeiführung des Friedens erfüllt waren, gewisse, wertvolle Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung des Volkes mit sich gebracht haben. Wir sollten diese Tatsache anerkennen, und wir sollten weiterhin anerkennen, daß es zum großen Teil der klugen Ernährungspolitik der Reichsregierung zu danken ist, wenn diese Verbesserungen jetzt schon möglich waren.

Die neuen Maßnahmen, zu denen sich die Reichsregierung entschlossen hat, werden bewirken, daß außerdem durch ein stärkeres Angebot bedingten langsamem Herabgehen der Lebensmittelpreise nun auch eine von oben her systematisch betriebene Senkung der Preise einleitet wird. Wir begrüßen die Entschlüsse der Reichsregierung auf diesem Gebiet aus volstem Herzen.

Sie werden in allen Teilen des Volkes Befriedigung hervorrufen, und sie werden zweifellos auch national-ökonomisch von der segensreichsten Wirkung sein. Es ist ja ohne weiteres klar, daß alle Gehalts- und Lohnaufbesserungen nichts nützen, wenn gleichzeitig die Steuerlasten immer drückender und die Kosten der Lebenshaltung immer höhere werden. Das Verlangen nach Herabsetzung der Lebensmittelpreise war sonach nur zu berechtigt. Und es ist erfreulich, daß die Reichsregierung großzügig genug dachte, um trotz der riesigen Summen, die das Reich für diese Lebensmittelpolitik aufzubringen hat, ihren Plan in die Wirklichkeit umzusetzen.

Ebenso richtig ist aber auch die Erkenntnis, daß innerpolitische Unruhen am besten vermieden werden können, wenn man dem Volke wieder genügend zu essen geben kann. Es ist nicht nur ein Witz, sondern es liegt eine tiefere Wahrheit in der Behauptung, die man in den letzten Monaten oft genug hören konnte, daß Spartakus sich am allerbesten bekämpfen läßt, wenn man ihm mit einer guten Portion Schweinefleisch und einer gehörigen Menge Mehl entgegentritt. Wenn es gelungen ist, den drohenden Eisenbahnerstreik in Preußen zu verhindern, so lag das in der Hauptsache daran, daß die Reichsregierung im Stande war, die zum Streik bereiten Eisenbahner mit dem großzügigen Plan einer neuen Lebensmittelpolitik zu beruhigen. Für Hamburg kam dieses Moment natürlich nicht in Frage; dort ist offenbar die Bevölkerung selbst zur Einsicht gelangt, daß ihr mit einem Umsturz und einer spartakistischen Terrorregierung am wenigsten gedient ist. Und so ist der ganze Rutsch einstweilen erfolglos geblieben. Es hat sich eben doch gezeigt, daß die Zeitumstände für spartakistische Manöver nicht mehr so günstig sind. Falls nicht neue, unvorhergesehene Erschütterungen eintreten, dürfen wir wohl bei aller gebotenen Vorsicht diese Tatsache als einen wichtigen Faktor für unsere gesamte innere Politik berücksichtigen. A.

Politische Neuigkeiten.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist am Sonntag nachmittag im Spiegelsaal zu Versailles erfolgt.

Die Zeremonie begann um 3 Uhr nachmittags. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau, erklärte, nachdem die Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte von den Deutschen angenommen seien, erjuche er die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensdokument zu unterzeichnen. Er hob hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, daß die Bedingungen in loyaler Weise eingehalten werden müßten.

Um 3,12 Uhr unterschrieben Hermann Müller und Dr. Well als erste den Friedensvertrag. Hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der Alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen. Er erjuchte die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernt hätten; die Militärmission werde die deutsche Delegation in das Hotel des Refectoires zurückleiten. Die deutschen Bevollmächtigten verließen darauf als erste den Saal und begaben sich sofort in das Hotel des Refectoires zurück.

Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Well, sowie einige Mitglieder und die ganze Pressegruppe der deutschen Friedensdelegation reisten gestern abend 9 Uhr mittels Sonderzuges von Versailles ab. Die Abreise des deutschen Gesandten von Daniel richtete heute früh mit etwa 30 Mitgliedern der Delegation, Freiherr von Lersner und etwa 20 Sekretäre werden zurückbleiben.

Landestheater.

(Hamlet.)

Hamlet, das große Rätsel am Hofe des Dänenkönigs, ist auch auf der Bühne immer noch eines der interessantesten Probleme, und jedes mal wieder, wenn man uns die Geschichte des grübelnden Dänenprinzen spielt, sind wir neugieriger und gespannt zu erfahren, auf welche Weise und mit welchen Mitteln der Schauspieler, dem man die Darstellung dieses komplizierten Menschen anvertraut hat, seine schwierige Aufgabe bewältigen wird. Und haben wir es klar mit einem halbwegs intelligenten Künstler zu tun, dann wird uns der Abend einige interessante Stunden bereiten.

Eine Anzahl Künstler von Namen haben die Rolle des Dänenprinzen zum Gegenstand eingehender Studien gemacht und haben dann ihren Hamlet im Tempo und Stil eines Virtuosen heruntergespielt, von der Masse bestaunt und bestaunt. Auch wir haben hier auf unserer Bühne schon wiederholt solche Rekordleistungen gesehen, bei denen oft nur der Verdienst über nicht das Gemüt auf seine Kosten kam. Doch soll heute nicht von dem Wert oder Unwert derartigen Spezialisten gesprochen werden. Nur das eine darf nicht gelugnet werden, daß der an einer kleinen Bühne und in den Fesseln eines täglich wechselnden Spielplans wirkende Schauspieler, der nicht die Zeit und Mühe hat, eine Einzelrolle, wie der Spezialist, bis in die subtilsten Einzelheiten in raffiniertester Weise für die Darstellung auszubauen, von solchen Paradedarstellungen für seinen eigenen Gebrauch doch manches Interessante profitieren kann.

Herr Bürkner, der am Samstag den Hamlet spielte, hat, wenn ich mich nicht täusche, in König sein Vorbild gehabt, womit ich durchaus nicht sagen will, daß er in seiner Darstellung slavisch dessen Bahnen gefolgt wäre. Herr Bürkner ist ein viel zu selbständiger, geistvoller Künstler, sein Hamlet trug durchaus persönliche Züge und war in erster Linie Produkt seiner geistigen und künstlerischen Arbeit. Aber im äußeren Zuschnitt, in einer ganzen Reihe spezifischer Hamletbeobachtungen, in der allgemeinen Konturierung der Gestalt, in der Kunst, die Worte zu wägen und ihren Sinne herauszubringen, auch in der Deklamation trug sein Hamlet mit dem Königlichen verwandte Züge. Wie dieser liebt er es, ganze Partien seiner Rolle in einem rasenden Tempo zu sprechen. Dabei fällt doch manches Wort unter den Tisch, von der Manier, in ein übertriebenes Mimieren zu verfallen, hielt er sich glücklich frei. Alles in allem war sein Hamlet eine mit großem Scharfsinn erarbeitete Leistung, vielleicht nicht grüblerisch genug, die Gedanken-

Die deutsche Regierung hatte darauf aufmerksam gemacht, daß das Exemplar des Vertrages, das heute unterzeichnet werden sollte, mit dem früher übergebenen nicht verglichen sei und deshalb Fehler enthalten könne. Darauf überbrachte der Sekretär der Konferenz, Dutast, gestern abend 10 Uhr Herrn von Daniel zwei Noten Clemenceaus, in dem dieser die Garantie für die Gleichförmigkeit der Verträge übernimmt. Die beiden Noten lauten: 1. „Herr Vorsitzender! Die Alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation bezüglich des Abkommens über die Rheinlande vom 26. 6. d. J. geprüft. Sie nehmen davon Notiz, daß die deutsche Delegation die Vollmacht zur Unterzeichnung dieses Abkommens am festgesetzten Datum erhalten wird. Sie haben nichts dagegen einzuwenden, daß nach der Unterzeichnung Verhandlungen angebahnt werden, um zum besten Interesse der verschiedenen Teile eine Anzahl Fragen zu regeln, welche von der deutschen Delegation aufgeworfen werden können. Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender usw., gez. Clemenceau.“

Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen die förmliche Zustimmung zu übergeben, daß der gedruckte Wortlaut des Friedensvertrages, welcher den deutschen Bevollmächtigten gleichzeitig mit den Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkung der deutschen Delegation zu Punkten mit dem Wortlaut desjenigen identisch ist, welcher am 21. Juni 1919 Ihnen überreicht wurde, abgesehen von den Korrekturen, deren Liste Ihnen am 24. Juni zugestellt wurde und von den Änderungen, die in den Listen der Bevollmächtigten vorgenommen werden mußten. Weiter beehre ich mich, Ihnen ein Exemplar des Textes des Friedensvertrages und der beiden Dokumente, welche ihn ergänzen, d. h. Protokoll und Abkommen bezüglich des Rheinlandes zusammen zu lassen. Diese Texte wurden mit demselben Satzgestell, Formen und Platten, wie die für die Unterzeichnung bestimmten Instrumente, gedruckt. Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, usw., gez. Clemenceau.“

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Gesandter v. Daniel richtete am Samstag folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau:

„Herr Präsident! Im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen beehre ich mich, Ew. Exz. folgendes mitzuteilen: Unter Hinweis auf den Schlußabsatz des Schreibens Ew. Exz. vom 20. ds. Mts. wegen Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und auf Teil VI der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkung der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen bittet die deutsche Regierung um eine möglichst baldige Erklärung, wann, wo und in welcher Zusammensetzung der Zusammentritt der in Artikel 213 Abs. I des Friedensvertrages vorgesehenen Kommission in Aussicht genommen ist. Genehmigen Sie, Herr Präsident, usw., gez. Daniel.“

Bethmann Hollweg stellt sich dem Gericht der Entente.

Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. Mai 1919 den gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat fallen lassen müssen, am 25. Juni an Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen bittet, nachstehendes Schriftstück zur Kenntnis der alliierten und assoziierten Mächte zu bringen:

„In Artikel 227 der Friedensbedingungen haben die alliierten und assoziierten Mächte Wilhelm II. von Hohenzollern, den früheren deutschen Kaiser, wegen schwerer Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der geheiligten Mächte der Verträge unter öffentliche Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig ihren Entschluß kundgegeben, an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen zu richten, in dem sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Verurteilung auszuliefern. Mit Bezug hierauf erlaube ich mir, an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitte zu richten, das gegen den Kaiser beabsichtigte Verfahren gegen mich stattfinden zu lassen. Zu diesem Zweck stelle ich mich hierdurch zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichskanzler trage ich für meine Amtszeit die im deutschen Staatsrecht geregelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube hieraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Rechenschaft, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungen fordern wollen, ausschließlich von mir gefordert wird.“

In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte einem durch öffentliches Staatsrecht normierten Rechtszustand auch die internationale Beachtung nicht versagen wollen, darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie meiner dringenden Bitte stattzugeben geneigt sein werden.“

Bellegung des Eisenbahnerstreiks.

Eine Versammlung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter im Jirkus Busch zu Berlin sprach sich überwiegend für die Wiederaufnahme der Arbeit aus. Als sich ein größerer Teil zum Empfang zum Eisenbahnminister Dezer begeben hatte, trat der unabhängige Paul Hoffmann auf und plädierte für die Fortsetzung des Streiks. Beim Minister wurde zwischen den Beamten und ihm volles Einvernehmen erzielt. Der neugewählte Präsident des Beamtenvereins erklärte nachdrücklich, daß die Beamten auf dem Lande sich von den Berliner Kollegen und Arbeitern trennen würden, falls diese im Streik verharren würden. Berlin sei nicht das Reich.

Auf die Forderung des Ministers beim Reichswehrminister für die Aufhebung des Streikverlases sich zu verwenden, erklärten die Arbeiter- und Beamtenvertreter übereinstimmend, daß dann am Montag allgemein die Arbeit wieder aufgenommen werden würde. Bei einem zweiten Empfang in den Abendstunden erklärten die Arbeiter und vereinzelte Beamtenvertreter, daß infolge des Auftretens des unabhängigen Paul Hoffmann neue Erregung in die Arbeiterchaft getragen worden sei. Der Streikverlaß des Reichswehrministers ist am Sonntag abend wieder aufgehoben worden. Die Aufhebung wurde sofort allen Berliner Eisenbahnstellen bekannt gegeben.

Die Berliner Oberpostdirektion teilt mit: Der Streik der Auslastungskräfte beim Postamt, beim Postzeitungsamt und beim Fernsprechanstalt in Berlin ist beendet. Die Auslastungskräfte haben den Dienst wieder aufgenommen, ohne daß ihre Forderungen begünstigt worden sind.

Aus Breslau wird gemeldet: Zwecks Bellegung des Eisenbahnerstreiks haben am Sonntag erneute Verhandlungen zwischen der Streikleitung mit dem Reichskommissar stattgefunden. Der Reichskommissar erklärte sich bereit, sich mit seiner ganzen Person für die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner einzusetzen. Alle über das Wirtschaftliche hinausgehenden Forderungen lehnte er grundsätzlich ab. Darauf fanden noch einmal Verhandlungen mit der Streikleitung statt, deren Ergebnis war, daß im Laufe des Nachmittags an alle Stellen in der Provinz die telegraphische Aufforderung zur sofortigen Aufnahme des Betriebes bei den Bahnen und zur Wiederaufnahme der Arbeiten in den Betriebswerkstätten am Montag früh 6 Uhr ausgegeben wurde.

Verbilligung ausländischer Lebensmittel.

Das Reichsministerium hat am Samstag die Regelung der Verbilligung der Lebensmittelpreise für ausländische Zufuhren endgültig festgesetzt. Zu den Verkaufspreisen, welche die Reichsstellen künftig in Rechnung stellen sollen, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Kleinverkaufspreise werden sich hiernach für das Pfund je nach den Ankosten des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen:

Amerikanisches Vadmehl, von dem auch weiterhin 250 Gramm die Woche verteilt werden sollen, 80 bis 85 Pfg. (statt bisher 2,20 bis 2,50 Mark); Reis, der abwechselnd mit Hülsenfrüchten mit 1/2 Pfund pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 1,10 bis 1,80 Mark (statt bisher über 3 Mark); ausländisches Fleisch, soweit dies infolge des Mangels an inländischem Fleisch auf Nationen verteilt werden muß, 4,50 bis 5 Mark, während bekanntlich zuletzt in Berlin 11 Mark für das Pfund gezahlt werden mußte; amerikanischer Speck, 125 Gramm je Kopf und Woche, 4 bis 4,50 Mark (statt bisher 7 bis 8 Mark); ausländisches Speisefett, 50 Gramm je Kopf und Woche, 5 bis 5,50 Mark (statt bisher 6 bis 7 Mark); ausländische Kartoffeln sollen so weit verbilligt werden, daß die Preise für Inlandsartoffeln nicht überschritten zu werden brauchen.

Nach überschläglicher Berechnung wird der Gesamtbetrag der Verbilligung über 1 1/2 Milliarden betragen. Er soll zu gleichen Teilen auf das Reich, die Freistaaten und Kommunal-

abzuweisen. Das Gesamtergebnis war letzten Endes eine große Enttäuschung. Stärker denn je ist heute wieder die Sehnsucht nach dem Nichtsichtbaren. Das blühende Mitschaffende der eigenen Phantasie muß stärker betont werden. So müssen die Geistesmenschen etwas Visionäres, etwas Übernatürliches haben. Das alte Hamlets Geistes darf daher nicht so greifbar nah über die Bühne schreiten; wie ein fauler Fischstinken nur soll er wirken. Wenn aber dann hoch und wie aus dem Nichts die Stimme des Geistes an unser Ohr dringt, wird die suggestive Wirkung eine umso größere sein. Daselbst gilt für das Schauspiel im 3. Akt. Die Pantomime muß möglichst nach dem Hintergrund gelegt werden; die Gestalten im Spiel werden dann etwas Abstraktes bekommen; wie durch einen Schleier wollen sie gesehen sein, und unferne Phantasie wird um so freier spielen. Hugo Koller.

Sommertheater im Konzerthaus.

In flotter Aufführung wurde am Samstag die bekannte Operette „Frühlingsluft“ mit der pridelnden, von Ernst Reiterer nach Motiven von Joseph Strauß zusammengestellten Musik gegeben. Das Hauptverdienst an dem Gelingen der Vorstellung darf sich neben dem Dirigenten, Herrn Schweppe, der das Ganze mit Temperament und trefflichem Verständnis für rhythmisch-dynamische Wirkungen leitet, Fräulein Laßinger zuschreiben. Die Künstlerin gab die Rolle der Hammi mit einer geradezu einzigartigen Schärfe, ohne dabei die unsichtbare Grenzlinie zwischen pudender Komik und derber Klumpheit zu überschreiten. Gleich ihr Auftrittsbedeutung entsetzte Beifallsstürme, die sie zu einer Wiederholung nötigten. Auch ihr späteres Spiel war voller Leben und Humor und trug umso mehr zur Stimmung bei, als es von einer ganz ausgezeichneten gelanglichen Parteinleitung unterstützt wurde. Von den übrigen Darstellern ist Herr Norden mit besonderem Lob zu erwähnen, der im Kontexteindeuten eine Rolle gefunden hat, in der seine künstlerische Eigenart sich aufs glänzendste entfalten kann. Den Hildebrand gab Herr Mos-Dierland, der zugleich mit Geduld die jenseitige Leitung besorgte, mit wirkungsvollem Humor. An Stelle des am Auftreten verhinderten Herrn Faber hatte ein Gast aus Stuttgart, Herr Thomson, die Rolle des Rechtsanwalts Landmann übernommen; er fügte sich gut und angenehm in das Ensemble ein. Fräulein Selbern sang und spielte als Frau Emilie natürlich und sympathisch. Hervorzuheben ist schließlich auch die mit wirklicher Komik gegebene Schwiegermutter und Kantippe Fräulein Borchers.

Halberstädter übernommen werden. Daß die Freistatgen und Kommunalverbände bei diesem großen Opfer des Reiches in dieser Weise sich beteiligen werden, kann, so heißt es in einer W.L.D.-Mitteilung, vorausgesetzt werden, nachdem der preussische Finanzminister sich bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt hat. Die Maßnahme soll in aller Eile (nach einer Zeitungsmeldung schon vom 5. Juli ab) durchgeführt, auch soll dafür Sorge getragen werden, daß die Zuschüsse der Kommunalverbände keinesfalls über die wirklich entstehenden Unkosten hinausgehen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Auf der Tagesordnung der 33. öffentlichen Sitzung am Dienstag, den 1. Juli 1919, vormittags 9 Uhr, steht zunächst die Angelegenheit neuer Eingänge. Sodann er. Kurze Anfragen. Hierauf folgen: 1. Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abg. Dr. Königsberger u. Gen., die Reform der Universitätsverwaltung betr.

2. Berichte der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über a) die der Gutheißung des Landtags vorbehaltene Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918, die Erhebung von Steuern für die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien sowie zur Errichtung von Aktiengesellschaften usw. betr. und damit in Verbindung über b) den Antrag (Gesetzesvorschlag) der Abg. Dr. Bernauer u. Gen., die Ergänzung des Verwaltungsgebührengesetzes betr. (Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg).

3. Begründung und Beantwortung der Interpellationen a) der Abg. Weber-Heidelberg u. Gen., den Schutz der weiblichen Angestellten und Arbeiter gegen Erwerbslosigkeit betr., b) der Abg. Weisshaupt u. Gen., die Sonntagseruhe betr.

4. Mündliche Berichte der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über a) den Antrag der Abg. Weisshaupt u. Gen., die Landwirtschaftskammer betr. (Berichterstatter Abg. Berner), b) die Bitte der Vereinigung technischer Vereine in Karlsruhe, die Techniker in den städt. Verwaltungen betr. (Berichterstatter Abg. Dr. Lefer), c) die Bitte des Bad. Landeswohnungsvereins und des Bad. Landesverbandes deutscher Bodenreformer, die Organisation für das Wohnungswesen betr. (Berichterstatter Abg. Geß).

5. Berichte der Petitionskommission und Beratung über die Petitionen a) des Michael Kuhn in Friedrichsfeld um vorzeitige Entlassung seines Sohnes aus der Schule (Berichterstatter Abg. Jürg), b) des Adam Weber in Oberelbach um gleichen Betrag (Berichterstatter Abg. Jürg), c) des früheren Radfabrikbesizers Heinrich Kraft in Seckenheim um Wiederbenutzung im Eisenbahndienst (Berichterstatter Abg. Beschold).

Änderungen im Schulgesetz.

oc. Da einige Bestimmungen der neuen badischen Verfassung mit dem bisherigen Schulgesetz nicht in Einklang standen, so hat sich, wie erinnert, der Verfassungsausschuß des Landtags mit den nötigen Änderungen des Schulgesetzes beschäftigt. Im Schulverordnungsblatt werden diese Änderungen jetzt bekannt gegeben. Es handelt sich dabei vor allem um die Erteilung des Religionsunterrichts durch die Lehrer, um die Befreiung von Schülern vom Religionsunterricht und um die Schulgeldbefreiung resp. Schulgeldherabsetzung.

Arbeiter als Gewerbeaufsichtsbeamte.

* Zu der Mitteilung, daß drei Arbeiter als Aufsichtsbeamte in das Gewerbeaufsichtsamt eingestellt werden, meldet der „Volksfreund“, daß der Gauleiter des Bauarbeiterverbandes, der sog. Landtagsabg. Forter, für eine dieser Stellen in Aussicht genommen ist.

* Die Folgen der Eierabgabe

haben sich nicht nur in Berlin, sondern auch in andern Kreisen aufs unangenehmste bemerkbar gemacht. Eine hereditäre Sprache spricht folgende Stelle aus einem Erlaß des Oberpräsidiums Magdeburg:

„Die Aufhebung der Bewirtschaftung der Inlandseier hat Mischstände zur Folge gehabt. Die Führerhalter halten mit den von ihnen geforderten Eierpreisen nicht Maß. Mehr als das Bedürfnis des Friedenspreises ist leider die Regel geworden. Neben dem realen Eierhandel macht sich der wilde Eierkauf breit, der zu jedem Preise kauft und mit großem Nutzen absieht. Die Verbraucher zahlen insbesondere in den größeren Städten jeden Preis, um nur Eier zu erhalten.“

Auch dieses Beispiel zeigt, wie vorzüglich bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft vorgegangen werden muß.

Tagung des badischen Landesausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege.

* Der badische Landesausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege, wie der badische Landtag für Körperpflege und Jugendberziehung sich jetzt nennt, hielt am Samstag im Landtagsgebäude seine erste Tagung ab, zu der sich die Vertreter aller Verbände und Vereine aus dem ganzen Land eingefunden hatten, die der Körperpflege und der Jugendberziehung sich widmen. Der 1. Vorsitzende des Arbeitsausschusses Prof. Fuchs-Karlsruhe wies in seinen, die Tagung eröffnenden Begrüßungsworten darauf hin, wie notwendig nicht nur eine Hebung der körperlichen und sittlichen Kraft unseres Volkes, sondern auch die Pflege der Jugendberziehung ist, die der Landesausschuß deshalb in vollem Umfang in sein Arbeitsprogramm aufnehmen will. Der Gesamtverband soll 2 Abteilungen umschließen, eine für Leibesübungen und eine für die Jugendpflege.

Nachdem namens der Unterrichtsverwaltung Geh. Reg.-Rat Krenner und im Namen der Stadt Karlsruhe Bürgermeister Kleinmiedt der Tagung besten Erfolg gewünscht und die Unterstützung der Behörden zugesagt hatten, nahm die Versammlung den von Schriftführer Meier erstatteten Bericht der Geschäftsstelle entgegen. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß in der Spielplatzfrage die Stadt Karlsruhe sowohl wie die zuständigen Regierungsstellen das weitestgehende Verständnis an den Tag gelegt haben, daß aber auch in anderen Städten Entgegenkommen zu erwarten ist. Während so die Spielplatzfrage schon bedeutend gelöst ist, ist in der Wanderfrage und im Wassersport noch manches zu tun. Die Versammlung war mit dem Bericht einverstanden und genehmigte die oben erwähnte Änderung des Namens des Landesausschusses. Fernerhin ergab sich Einigkeit darüber, die Einrichtung einer Abteilung für Leibesübungen und Jugendpflege im Ministerium zu betreiben und die Frage der Hochschule für Leibesübungen weiter zu fördern. Die nächste Tagung soll wiederum in Karlsruhe stattfinden. An die Verhandlungen schloß sich am Samstag und am Sonntag eine Reihe sportlicher Veranstaltungen.

Zu den Ereignissen in Mannheim.

oc. Als am Freitag früh die örtlich Organisierten bei der Firma Brown, Robert u. Cie. die Arbeit wieder aufnehmen wollten, erklärten die Führer der radikalen Arbeiterkraft, daß sie nicht mit ihnen zusammen arbeiten werden. Da weitere Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, erklärte die Direktion, daß sie die Angelegenheit als Streit betrachte. Die Betriebe wurden geschlossen. Die Streikende werden nicht bezahlt. — Da in den letzten Tagen die Ruhe hier nirgends gestört wurde, hat ein Teil der Truppenverstärkungen die Stadt wieder verlassen. — Die Strafkammer hatte sich in vergangener Woche abermals mit dem Fall vom 22. Februar zu befassen und zwar hatten sich sechs Personen, darunter auch eine Fabrikarbeiterin, wegen Landfriedensbruch zu verantworten. Die Angeklagten erhielten vier- bis lebensmonatige Gefängnisstrafen.

Landesausschussitzung der demokratischen Partei in Baden.

oc. Der Landesausschuß der Deutsch-Demokratischen Partei in Baden war am Samstag nachmittag in einer aus allen Landesteilen sehr zahlreich besuchten Sitzung, die vom Parteivorstandes Minister Summel geleitet wurde, zur Besprechung der politischen Lage hier versammelt. Minister Dietrich gab in einem einleitenden Referat einen Überblick über die politischen Ereignisse, vor allem über die Vorgänge in Weimar, insbesondere im Staatsauschuß. Der Minister teilte dabei u. a. mit, daß im Staatsauschuß sich insbesondere die preussische Regierung unter Führung der beiden sog. Minister Hirth und Heine einmütig und geschlossen gegen die Unterzeichnung ausgesprochen haben. Die Meinungen der Vertreter der übrigen Regierung seien geteilt gewesen. Tatsächlich habe man in Weimar denbar ungeschickt operiert, da die feindliche Presse sofort über alle Einzelheiten der internen Verhandlungen unterrichtet gewesen sei und daher die Absichten der Reichsregierung und der Parteien genau getannt habe. Infolgedessen sei es ausgeschlossen gewesen, noch irgend welche bedeutenden Zugeständnisse zu erzielen. Die Rede, mit der der demokratische Abg. Schiffer die Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung begründet, habe in ihrem zweiten Teil den Eindruck hervorgerufen, als wolle die Partei nach rechts abmarschieren. Dieser Eindruck sei, wie der Abg. Schiffer dem Redner gegenüber selbst mitteilte, beabsichtigt gewesen.

Staatsrat Dr. Haas berichtete über den Standpunkt der Demokratischen Fraktion und bezeichnete es als bedauerlich, daß durch die Rede Schiffers eine ganz falsche Vorstellung von der Politik der demokratischen Fraktion entstanden sei. Die Fraktion wolle und wolle nicht nach rechts abmarschieren. Der Redner gab der Meinung Ausdruck, daß die alte Koalition sehr bald wieder hergestellt werden müsse. Wie der Vorkredner, so betonte auch Staatsrat Haas, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrags keine Parteiliche sei, und daß darüber jeder Einzelne nach seiner Überzeugung entscheiden mußte.

An die beiden mit starkem Beifall aufgenommenen Berichte schloß sich eine lebhafte Aussprache, in der alle Argumente für und gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags und die Aufgaben der Partei in der nächsten Zukunft erörtert wurden. Es wurde sodann eine Entschließung angenommen, die in ihrem 1. Teil einstimmig und in ihrem 2. Teil mit überwiegendem Beifall angenommen wurde. In dem ersten Teil der Entschließung kommt zum Ausdruck, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrags nicht zu einer Parteiliche gemacht werden könne. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese Frage jetzt aus der öffentlichen Diskussion verschwinde, weil sich das ganze Volk in diesen schweren Stunden zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden müsse. In dem 2. Teil der Entschließung wird der Parteiliche, der Reichs- und Landtagsfraktion und den demokratischen Ministern der badischen Regierung das Vertrauen ausgesprochen, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die demokratischen Minister in Baden in ihren Ämtern bleiben.

Lebensmitteldemonstration in Baden-Baden.

BC. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten von Baden-Baden und Umgebung veranstalteten am Freitag eine Demonstration, die sich gegen den Lebensmittelwucher, gegen die Luierung und den Schleichhandel, sowie gegen ungerechte Behandlung bei Verteilung der vorhandenen Lebensmittelbestände richtete. Auf dem Theaterplatz fanden sich tausende von Personen ein, die sich zum Zuge formierten. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates hielt eine Ansprache und mahnte zur Ruhe und Ordnung, worauf eine Resolution verlesen wurde, die sich gegen die Mischstände richtete und einstimmige Annahme fand. Dann setzte sich der Zug in Bewegung und marschierte durch verschiedene Straßen nach dem Rathaus, wo die Resolution dem Oberbürgermeister Hieser überreicht wurde. In den Straßen, die der Zug passierte, waren die meisten Geschäfte geschlossen und der Straßenbahnverkehr ruhte für einige Stunden vollständig. Die ganze Demonstration verlief in Ruhe und Ordnung.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Änderungen im Stadtpark.

* Vom städtischen Nachtrienamt wird uns geschrieben: „Zu den kritischen Bemerkungen in Zeitungsartikeln über die Änderungen im Stadtpark hat das Gartenamt dem Stadtrat eine Erläuterung gegeben, in der es unter anderem heißt: Was die Verlegung des Weges am Stadtparksee anbelangt, war es technisch und gartenkünstlerisch falsch, zwei Wege so dicht neben einander her zu führen, wie dies früher bei der Platanenallee und dem besitzigen unteren Weg der Fall war; denn der untere Weg war zu schmal, um bei Massenbesuch zu genügen, während die schöne Platanenallee unbenutzt blieb. Heute ist der Allee die ihr gebührende Bedeutung eingeräumt. Man hat viel reizvollere Durchblicke nach dem See, zumal da die Platanenallee wesentlich höher liegt als der frühere Weg. Die am Seeand stehenden schönen Bäume kommen viel besser zur Geltung, weil der Abstand des Besuchers größer geworden ist. Die Wegbreite ist so groß gewählt, daß sich selbst bei dem starken Besuch von rund 30 000 Personen am Freitagmorgen keine Störungen und Stodungen ergaben. Die Entfernung des alten Rosenparks war schon deshalb wohl berechtigt, weil er nach Schaffung der neuen, einzigartigen Anlage, überflüssig geworden war. Durch die Verpflanzung einer Reihe von Rosenbüschen in die neue Anlage hatte die kleine Rosenanlage naturgemäß auch Not gelitten, so daß von einem eigentlichen Rosenpark nicht mehr gesprochen werden konnte. Außerdem mußte er notgedrungen bei der Fortführung der Platanenallee, die notwendig geworden war, beseitigt werden. Daß die mit Grasflächen eingetragene Fläche noch nicht grün ist, wie es wünschenswert wäre, ist darauf zurückzuführen, daß der Grasfamen, obwohl er sündhaft teuer ist, offenbar keine Keimfähigkeit besitzt. In Friedenszeiten wäre es ein leichtes gewesen,

die Fläche in 2-3 Wochen mit einer dichten Grasnarbe zu versehen.

Das Gartenamt gibt zu, daß viele der Blumenbeete und Beete verschwunden sind. In einem öffentlichen Garten gehören möglichst viele Blumen, aber in einwandfreier Anwendung. Es muß vermieden werden, den Gartenbesuchern Blumen ohne Rücksicht auf das Schönheitsempfinden und das ästhetische Feingefühl vorzuführen. Das Gartenamt selbst hat den Wunsch, den Stadtpark noch reichlicher mit Blumen auszustatten. So soll unter anderem an Stelle der in den Schatten großer Bäume zu verlegenden Reit- und Fahrbahn ein Blumengarten geschaffen werden, dessen Entwurf in Arbeit ist. Nicht zuletzt hat aber auch der Umstand zur Einschränkung des Blumenschmucks beigetragen, daß das Gartenamt im Interesse der städtischen Lebensmittelversorgung große Flächen, wie das Blumenbeet am Haupteingang, zur Gemüseerzeugung verwendet hat. Ebenso wurden viele Treibhäuser, die man früher zur Blumenzucht verwendete, zur Beschaffung von Gemüsepflanzen benützt, von denen das Gartenamt bekanntlich große Mengen an Kleingartenbesitzer abgegeben hat. Daß das Warmwasserbeden sich noch nicht im Schmelz von üppigen Wasserpflanzen zeigt, ist nicht Schuld des Gartenamts. Diese Anlagen brauchen eben längere Zeit zur Entwicklung. Frühzeitige Anpflanzung ließ in diesem Jahre die langanhaltende kalte Witterung nicht zu.

Der Vorwurf der Vernachlässigung des Tierbestands ist entschieden zurückzuweisen. Wenn einzelne Tiere gegen früher weniger gut genährt sein sollten, so ist zu berücksichtigen, daß die Beschaffung von Futter für die Tiere ebenso schwierig und unzureichend ist, wie die Beschaffung von Lebensmitteln für die Menschen. Auch hier macht sich die allgemeine Kriegsnot bemerkbar.

Diese Ausführungen vermögen uns nicht von der Notwendigkeit der Verunstaltung des Stadtparks zu überzeugen. Die verkehrstechnischen Mischstände der Wegeführung am See waren durch die Erweiterungen, die der Stadtpark in den letzten Jahren erfuhr, zum größten Teil paralytisch, da das Publikum sich zu einem erheblichen Teil auf diese Anlagen verteilte. Die bessere Sichtbarmachung der Schönheit der Platanenallee, die auch früher gern, namentlich von solchen Besuchern benutzt wurde, die ein ruhiges Sidergehenden lieben, und die neuen Durchblicke vermögen die verlorenen Überblicke über den See und die jenseitige Uferpartie keineswegs zu ersetzen. Der alte Rosenpark war durch die neue Anlage so wenig überflüssig geworden, wie etwa ein Bild oder ein Wandgemälde durch die Schaffung eines neuen, wenn auch bedeutungsvolleren Werkes gleicher Art. Und gerade die alte Rosenanlage bildete inmitten der übrigen Abteilungen des Gartens einen Mittelpunkt von besonderem Reiz, ein Idyll, das sehr wohl neben dem in ganz anderem, großen und modernen Stil gehaltenen neuen Rosenpark ein selbständiges Dasein hätte fristen können. Der Karlsruher Stadtpark bildet eine von seltenem Stilgefühl und feinem künstlerischen Geschmack zeugende Anlage von ganz persönlicher Eigenart. In einer solchen, sozusagen von innen heraus gemachten Anlage nach verkehrstechnischen Bedürfnissen und modernen gartenkünstlerischen Rezepten herumkurieren, ist kulturlos und verfehlt. Es müßte zu einem Risiko führen, selbst wenn der sündhaft teure Grasfamen sich nicht geweigert hätte, die 4 Hektar Beete barmerzig mit Grün zu überziehen. Unbegreiflich ist es, zumal nach dem, was das städtische Nachrichtenamt im Zusammenhang mit der Blumenfrage ausführte, wie man mit der ganzen, umfassenden Herstellungsarbeit überhaupt beginnen konnte, daß man sicher war, das Alte durch Neues ersetzen zu können. Gerade die Rücksicht auf das Schönheitsempfinden und auf das ästhetische Feingefühl hätte das Verbot zu sein. Wenn in diesem Geiste fortgefahren werden soll, dann wird der Karlsruher Stadtpark, der heute schon aus der ehemaligen Erholungsstätte ein richtiger Park- und Mummelplatz geworden ist, auf dem nur noch ein paar Karussells und Verkaufsbuden fehlen, um die Ungelegenheit voll zu machen, in kurzer Zeit nicht wieder zu erkennen sein. Zu den Aufgaben einer Stadtverwaltung gehört auch die Pflege kultureller und künstlerischer Tradition. Schon aus diesem Gesichtspunkte heraus sollte man darauf bedacht sein, Experimente zu verhindern, die auf eine pietätlose und stilwidrige Umgestaltung der schönsten städtischen Wahrzeichen hinauslaufen. Was im übrigen den Tierbestand anbelangt, so erkennen auch wir nicht die Schwierigkeiten, die der Verwaltung aus der Kriegslage erwachsen, sind aber trotz dem der Ansicht, daß die Einbußen sich hätten verringern lassen. Einzig entkräftet also das Schreiben des Gartenamts keinen einzigen der gegen die neue Stadtparkpolitik erhobenen Einwände.

Erdbeben. Am Sonntag nachmittag registrierte der Seismograph im geodätischen Institut der Technischen Hochschule ein heftiges Erdbeben. Die ersten Vorläuferwellen trafen hier um 2 Uhr 10 Min. ein. Ein kleiner, schwächerer Stoß um 3 Uhr 40 Min. Der Stoß liegt in einer Entfernung von ungefähr fünf bis sechshundert Kilometer und ist wahrscheinlich in Norditalien zu suchen. Den Aufzeichnungen nach ist eine Katastrophe zu befürchten.

* Für 70 000 M. Schleichhandelsware beschlagnahmt. In Neuburgweiler trafen am Samstag früh etwa 150 Mann Volkswache in Automobilen von Karlsruhe ein und beschlagnahmten lt. „Mittelbad. Kurier“ für über 70 000 Mark vorgefundene Schleichhandelswaren. Bei einer Nachsuchung in Wulach beschlagnahmte die Volkswache beim dortigen Bürgermeister für 60 000 Mark Schleichhandelsware.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 14. Mai d. J. beschloffen, dem Obergeometer Otto Wacker, Bezirksgeometer in Fahr wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand zu versetzen.

Das Staatsministerium hat unterm 16. Mai d. J. beschloffen, den Oberbauinspektor Ferdinand Guttig wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand zu versetzen.

Das Staatsministerium hat unterm 19. Mai d. J. den Archivar der früheren Ersten Kammer, Direktor Bernhard Gähler, auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters auf den 1. September d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 6. Juni d. J. beschloffen, den Direktor der Baugewerkschule Karlsruhe, Geheimen Oberbaumeister Philipp Kircher, auf sein Ansuchen auf den 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Bekanntmachung.

Die Reichsgetreidekasse hat die Gültigkeitsdauer der alten Reichsreisbrotmarken bis zum 27. Juli 1919 einschließlich verlängert, ebenso die Frist zum Umlaufzeit alter in neue Marken für Verbraucher. Die Beschränkung der Umlaufzeit unperfektierter Marken ist aufgehoben.

Karlsruhe, den 29. Juni 1919.
Landesvermittlungsstelle für Brotgetreide und Mehl.

